



Sendung vom 14.12.2004, 20.15 Uhr

Karl Freller
Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus
im Gespräch mit Werner Reuß

- Reuß:** Verehrte Zuschauer, herzlich willkommen zum Alpha-Forum. Unser heutiger Gast ist Karl Freller. Er ist Mitglied des Bayerischen Landtages, vertritt dort den Stimmkreis Nürnberg-Süd/Schwabach und ist seit 1998 Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Ich freue mich, dass er heute hier ist, herzlich willkommen, Herr Staatssekretär.
- Freller:** Schönen guten Abend.
- Reuß:** "Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren." Diesen Satz haben Sie einmal als Ihr Motto bezeichnet. Wofür kämpfen Sie und bedeutet Politik Kampf?
- Freller:** Ich bin für alle und auch für mich überraschend vor 22 Jahren als 26-Jähriger in den Landtag gewählt worden und habe damit zu einer sehr frühen Zeit die Chance bekommen, für meinen Beruf als Lehrer, den ich bis dahin hatte, in der Bildungspolitik Entsprechendes durchzusetzen. Und durchsetzen bedeutet natürlich schon auch ein Stück weit kämpfen. Das heißt, es geht darum, eine Meinung mehrheitsfähig zu machen und sie letztlich auch mehrheitlich durchzusetzen, sodass sie dann auch zur Wirklichkeit werden kann. Das ist in der Tat immer auch mit Auseinandersetzungen verbunden. Und das ist natürlich auch mit der Notwendigkeit verbunden, hartnäckig am Thema dranzubleiben.
- Reuß:** "Politik ist der Sinn für das Zumutbare", sagt Sigmund Graff. Was ist denn Politik für Karl Freller?
- Freller:** Die Notwendigkeit, das Zusammenleben so zu gestalten, dass vor allem auch die nächsten Generationen etwas davon haben. Politik ist für mich, die Gesellschaft in die Zukunft hinein zu gestalten, d. h. das Leben zu verändern, zu verbessern, weiterzuentwickeln.
- Reuß:** Sie sind Staatssekretär. In der Bayerischen Verfassung heißt es so schön: "Die Staatsregierung ist die oberste leitende und vollziehende Behörde des Staates. Sie besteht aus dem Ministerpräsidenten, den Staatsministern und den Staatssekretären." Die Staatssekretäre haben damit Sitz und Stimme in der Staatsregierung. Ich stelle jetzt mal ganz ketzerisch folgende Frage, um ein bisschen was aus dem Innenleben des Kabinetts zu hören: Sie haben also eine eigene Stimme, allerdings sind Sie auch weisungsgebunden durch Ihren Minister, in Ihrem Fall durch Ihre Ministerin. Gibt es dennoch ab und zu den Fall, dass Sie anderer Meinung sind als Ihre Ministerin und könnten Sie rein theoretisch auch anders abstimmen im Kabinett als Ihre Ministerin?
- Freller:** Es wäre ja schlimm, wenn es anders wäre, wenn ich keine eigene Meinung haben dürfte. Das heißt, ich bringe diese Meinung auch ein und es hat durchaus schon Situationen gegeben, in denen unterschiedlich abgestimmt worden ist, vor allem dann, wenn es auch um regionale Entscheidungen geht - logischerweise, denn ich sitze ja auch für den nordbayerischen Raum im Kabinett. Aber man wird sich natürlich, was schulische Angelegenheiten angeht, zunächst einmal hausintern, d.

h. mit der Ministerin abstimmen, damit man dann in der Regel im Kabinett auch gemeinsam kämpfen kann: z. B. für entsprechende Haushaltszahlen. Aber es herrscht im Kabinett ein offenes Klima und so gibt es auch Abstimmungen, die z. T. wirklich knapp ausfallen. Und das ist auch gut so. Hier sitzen 18 Damen und Herren beieinander, die durchaus eine eigene Meinung und einen eigenen Werdegang haben und die daher auch so votieren sollten, wie sie es als richtig empfinden. Dass man dann aber einen einmal gefassten Beschluss auch gemeinsam vertritt, ist etwas anderes. Das ist notwendig, damit der Bürger draußen im Lande auch weiß, diese Partei bzw. diese Staatsregierung steht für diese Politik.

Reuß: Ist es Ihnen denn schon mal schwer gefallen, eine Meinung vertreten zu müssen, die Sie vielleicht nicht teilten?

Freller: Das, was natürlich immer schwer fällt, sind Haushaltsentscheidungen. Man wünscht sich als Ressort-Staatssekretär natürlich immer mehr Geld für die Bildung, mehr Lehrer, mehr Stunden. Und dann muss man trotzdem wohl oder übel mitstimmen, wenn über einen begrenzten Haushalt entschieden wird. Und diese Entscheidung muss man dann auch mittragen. Das heißt, ich würde mich oft auch gerne der Forderung von Eltern und Lehrern anschließen, dass man noch mehr Planstellen schafft – obwohl wir schon sehr viel getan haben auf diesem Gebiet. Aber ich sehe eben schon auch die Notwendigkeit ein, dass man einen Haushalt gemeinsam trägt und sagt: Es musste eben jeder entsprechende Sparbeiträge liefern, auch das Kultusministerium konnte dabei nicht ausgeschlossen bleiben. So einen Beschluss trage ich in der Öffentlichkeit selbstverständlich mit.

Reuß: Sie haben einen großen Zuständigkeitsbereich: Dazu gehören die Schulen, der Sport, die Jugendarbeit, die politische Bildung, der Kontakt zu den Kirchen. Haben Sie denn auch einen Lieblingsbereich?

Freller: Ich habe mich inzwischen sehr in den Sportbereich vertieft und dort viele Freunde gefunden. Das macht mir, wie ich sagen muss, einfach auch Spaß. Nichtsdestotrotz ist natürlich der schulische Bereich derjenige, aus dem ich komme und wo ich eben auch mein eigenes Wissen einbringen kann und wo ich vor allem auch meine berufliche Erfahrung einbringen kann. Aber wenn Sie nach dem "Spaßfaktor" fragen, dann ist der Kontakt zu vielen Sportlern bei uns im Land inzwischen schon auch zu einer Kür geworden.

Reuß: Das Ansehen von Politikern ist nicht sonderlich hoch. Es gibt eine Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach, bei der Folgendes gefragt wurde: Vor welchem Beruf haben Sie die größte Hochachtung? Natürlich rangiert da der Arzt mit 72 Prozent ganz oben. Der Hochschulprofessor liegt noch bei 30 Prozent, der Grundschullehrer immerhin noch bei 27 Prozent, der Apotheker bei 26 Prozent. Wir Journalisten liegen bei 13 Prozent, das ist wirklich nicht sonderlich hoch. Politiker jedoch liegen sogar bei nur acht Prozent. Woran liegt es, dass Politiker ein so schlechtes Image haben?

Freller: Ich habe den Eindruck, dass zwar generell über die Politiker geschimpft wird, dass aber die Menschen doch noch recht genau unterscheiden zwischen den einzelnen Politikern. Ich jedenfalls kann über fehlende Achtung, wenn Sie das so formulieren wollen, nicht klagen. Ich habe Kontakt mit der Bevölkerung, gerade auch in meinem Wahlkreis. Es kommt nur ganz selten vor, dass es mal Beschimpfungen gibt. Ich meine, das hängt einfach auch von der Art und Weise ab, wie man mit den Menschen umgeht. Wenn sie ernst genommen werden, wenn man eine vernünftige Gesprächsbasis einnimmt, wenn man weiß, dass sich da jemand als Politiker wirklich um die politischen Themen bemüht, dann bleibt einem auch die Anerkennung nicht versagt. Wahlen sind daher schon auch ein Stück weit Bestätigung dafür, dass es offenkundig doch nicht so schlecht aussieht.

Reuß: Wir kommen gleich noch einmal zur Politik. Ich würde aber hier zunächst einen kleinen Schnitt machen wollen und unseren Zuschauern den Menschen Karl Freller näher vorstellen. Sie sind am 2. März 1956 in Schwabach geboren; das liegt im Regierungsbezirk Mittelfranken hier in Bayern. Schwabach ist mit knapp 40000 Einwohnern die kleinste der 25 kreisfreien Städte. Wie war Ihr Elternhaus, wie sind

Sie aufgewachsen?

- Freller:** Ich bin in einem sehr behüteten Elternhaus aufgewachsen. Ich habe einen Bruder, der sieben Jahre älter ist als ich. Wir haben uns Gott sei Dank immer vertragen. Es gab ein großes kirchliches und auch politisches Engagement unseres Vaters. Dies hat abgefärbt, auch ich war jahrelang in der kirchlichen Jugendarbeit sehr aktiv. Ich habe dafür natürlich auch heute noch viel Verständnis. Ich muss sagen, es war eigentlich eine schöne Kindheit und eine gute Jugend - freilich mit gewissen Ausnahmen, was den schulischen Werdegang angeht.
- Reuß:** Das wollte ich gerade fragen. Sie sind als Staatssekretär heute für Schulen zuständig. Sind Sie denn selbst gerne in die Schule gegangen? Waren Sie ein guter Schüler?
- Freller:** Ich war zunächst ein sehr guter Schüler. Ich war in der Grundschule der Beste. Damals durften nur sehr wenige auf das Gymnasium wechseln; ich habe dann aber in den Anfangsjahren des Gymnasiums doch gewisse Leidenserfahrungen gemacht. Vielleicht hat hier auch meine eigene Pubertät sehr stark durchgeschlagen. Deswegen kann ich schon auch mitempfinden mit Schülerinnen und Schülern, die Probleme haben und die an der Schule vielleicht auch ein wenig leiden. Es gab damals für mich einige unangenehme Jahre und letztlich auch einen Schulwechsel. Ich habe erst später wieder so richtig Boden unter den Füßen bekommen und eigentlich erst im zweiten Bildungsweg meine Ausbildung zum Lehrer gemacht.
- Reuß:** Sie haben es schon angedeutet, Sie haben das Gymnasium nach der zehnten Klasse mit der Mittleren Reife verlassen. Sie waren dann auch kurze Zeit journalistisch tätig beim "Schwabacher Tagblatt", einer kleinen Zeitung mit einer Auflage von 18000 Exemplaren. Was hat Ihnen denn den Antrieb für den journalistischen Beruf gegeben?
- Freller:** Es war ein bisschen komplizierter. Ich wechselte damals vom Gymnasium auf die Wirtschaftsschule. Dort habe ich dann auch wirklich gute Lehrer erlebt: In dieser Zeit hat sich für mich vieles wieder stabilisiert. Ich habe dort in der Schülerzeitung mitgemacht, dabei guten Kontakt zur örtlichen Presse gefunden und dann mein gesamtes Taschengeld mit Artikeln und vor allem auch Fotos verdient. Ich habe dann beim "Schwabacher Tagblatt" einen Chefredakteur kennen gelernt, der mich als Volontär und Redakteur anwarb. Das war ein toller Mann, dieser Arno Guder, dem ich sehr viel zu verdanken habe. Ich war dann vier Jahre bei dieser Zeitung aktiv. Ich bin an sich auch gelernter Redakteur und bis heute noch Mitglied im Journalistenverband. Aber ich war in dieser Zeit parallel dazu auch in der kirchlichen Jugendarbeit engagiert: Ich hatte einen Jugendkaplan, der einen wirklich motivieren und begeistern konnte und der dann auch Schulreferent der Diözese Eichstätt geworden ist. Damals herrschte Religionslehrermangel und so machte er mich darauf aufmerksam, auf dem zweiten Bildungsweg mein Abitur nachzumachen, um dann auf diesem Weg in den Schuldienst zu kommen. Ich habe also parallel zu meiner Tätigkeit bei dieser Zeitung diese Ausbildung gemacht: Das war eine sehr harte Zeit, die mich viel Arbeit gekostet hat. Aber ich habe es nicht bereut. Sicherlich auch mit einem schweren Herzen beim Blick auf den Journalismus, aber doch auch mit großer Liebe und Freude für die Schule, die ich in dieser Zeit in meinen Praktika kennen lernen durfte, habe ich dann den Beruf gewechselt. Ich bin froh darüber, dass ich diesen Journalistenberuf als zweites Standbein habe und dort vor allem den Umgang mit Menschen und mit für mich völlig neuen Situationen lernen durfte. Aber ich fand im Schuldienst letztlich doch ganz meine Erfüllung.
- Reuß:** Sie haben es bereits gesagt: Sie haben über den zweiten Bildungsweg die Hochschulreife erworben und dann Religionspädagogik studiert. Sie sind ein religiöser Mensch? Was bedeutet Ihnen Religion?
- Freller:** Ich würde sagen, ich bin sicherlich etwas kritischer geworden in den letzten 20 Jahren im Vergleich zu meiner damaligen Zeit als Religionslehrer. Bei manchen Themen hätte ich heute wirklich Schwierigkeiten. Aber ich meine, es gibt eine letzte Verantwortung vor einem Schöpfer. Ich glaube, das ist die Richtschnur, die einen in

der Politik bestimmen muss: Man muss wissen, dass man all das, was man tut, an anderer Stelle irgendwann noch einmal verantworten muss. Immer dann, wenn in der Geschichte diese letzte Verantwortung nicht mehr gesehen wurde und sich der Mensch zum Maß der Dinge gemacht hat, ist es schief gegangen bzw. endete die Geschichte in einer Katastrophe. Deswegen meine ich, dass man sich hier schon auch an einem Weltbild orientieren sollte, das einem eine letzte Verantwortung abverlangt. Darüber hinaus ist mir aus dieser christlichen Überzeugung heraus auch wichtig, dass man keinen Menschen gering schätzt. Mir ist jeder gleich wichtig. Das heißt nicht, dass man nicht entsprechende Führungsstrukturen braucht, das ist gar keine Frage. Aber wenn es um menschliche Angelegenheiten geht, dann ist mir der Pförtner in meinem Haus genauso wichtig wie der Ministerialdirektor. Ich glaube, wenn man keinen Menschen gering schätzt, sondern auch denjenigen ernst nimmt, der möglicherweise ganz große Probleme hat, dann ist schon viel gewonnen für eine menschliche Gesellschaft.

Reuß: Sie waren dann im Kirchendienst als Religionslehrer tätig. 1982 wurden Sie für die CSU in den Bayerischen Landtag gewählt. Sie waren damals jüngster Abgeordneter mit 26 Jahren. Der Ministerpräsident damals war Franz Josef Strauß. Wie haben denn die älteren Abgeordneten auf den Jungspund reagiert, wenn ich das mal so salopp sagen darf?

Freller: Ich kam damals sehr überraschend hinein, ich war ja eigentlich als Zählkandidat nominiert worden: Ich hatte den letzten Listenplatz bekommen. Ich habe mir gedacht, gut, da hast du wenig Chancen, aber du probierst es. Ich habe damals bei den Leuten quasi mit folgenden Worten geworben: "Wissen Sie, bei der Landtagswahl gibt es einen großen weißen Stimmzettel mit ein paar Hundert Namen. Sie brauchen sich aber keine Namen und keine Ziffern merken. Geben Sie einfach in der ersten Spalte dem letzten Kandidaten Ihre Stimme, dann haben Sie richtig gewählt, denn das bin ich!" Ich habe damals auch mit Plakaten und Handzetteln geworben: "Ganz unten! Wählen Sie bei der CSU den Kandidaten ganz unten!" Einige ältere CSU-Kollegen haben damals gemeint, ich soll das sofort wieder verschwinden lassen, denn ich würde mich damit doch nur lächerlich machen und ich würde auch die Partei lächerlich machen. Ich habe jedoch nicht davon Abstand genommen. Stattdessen war es so, dass ich mit diesem Wahlmotto letztlich siegreich aus dieser Wahl gegangen bin. Ich muss sagen, dass dann im Landtag eine große Kollegialität da war. Hans Maier war damals Kultusminister. Als ich dann in den Bildungsausschuss gekommen bin, war er sehr entgegenkommend. Aber es war natürlich schon auch Skepsis vorhanden: "Mit 26 Jahren ist er halt schon ein wenig arg jung, um größere Verantwortung zu übernehmen!" Aber gut, ich habe mir gedacht, dass ich mir mit Ideen und mit Fleiß mit der Zeit schon meine Anerkennung erarbeiten werde. Und so ist es dann ja auch gekommen. Für mich war es immer wichtig, und das gilt bis zum heutigen Tag, dass nicht so sehr das Alter entscheidet, sondern letztlich das, was jemand kann und tut. Das gilt für Junge gleichermaßen wie für Ältere. Wenn man mit dieser Einstellung an eine Sache herangeht, dann ist die Frage des Alters wirklich nicht entscheidend für die Bewertung der politischen Arbeit.

Reuß: 1982 war ja ein sehr spannendes Jahr. In Bonn zerplatzte die sozialliberale Koalition, die CDU/CSU übernahm gemeinsam mit der FDP die Regierungsverantwortung. Das bedeutete aber auch, dass die CSU wieder mehr Einfluss in Bonn hatte. Franz Josef Strauß, der Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende, war häufig in Bonn, u. a. im Koalitionsausschuss. Hat sich denn der Regierungswechsel in Bonn und das damit einhergehende stärkere Gewicht der CSU in Bonn auch auf die Arbeit im Landtag ausgewirkt?

Freller: Zunächst einmal sind die Ergebnisse bei der Landtagswahl etwas schlechter ausgefallen. Zehn Tage vor dieser Landtagswahl war dieser Wechsel in Bonn gewesen. Aber auf die Arbeit selbst hat sich das natürlich auch ausgewirkt. Wir haben stärkeren Einfluss nehmen können und hatten gerade auch mit Franz Josef Strauß als Parteivorsitzendem einen Mann, der auch in Bonn eine weitblickende und zielgerichtete Politik durchsetzen konnte. Ich habe Franz Josef Strauß sechs

Jahre lang aktiv als Ministerpräsidenten im Parlament erlebt. Er war selbst einmal bei mir zu Hause: Es war für mich das stolzeste Erlebnis überhaupt, dass er damals im Kommunalwahlkampf nach einer Veranstaltung am Schwabacher Marktplatz hinterher noch mit zu mir gegangen ist und dort fast drei Stunden geblieben ist. Er hat mich wirklich stark geprägt. Er hat mich geprägt durch sein geschichtliches Wissen, das gepaart war mit der Fähigkeit, daraus Erkenntnisse für die Zukunft ziehen und diese Erkenntnisse dann auch in die Tat umsetzen zu können. Das war das Faszinierende bei Franz Josef Strauß.

Reuß: Von 1986 bis 1994 waren Sie dann jugendpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion. Anschließend waren Sie stellvertretender Vorsitzender des Bildungsausschusses des Landtages, bis Sie dann 1998 von Ministerpräsident Stoiber zum Staatssekretär im Kultusministerium berufen wurden. Kam diese Berufung für Sie eigentlich überraschend?

Freller: Sie kam in der damaligen Konstellation überraschend. Ich hatte nicht damit gerechnet, dass das Haus geteilt wird. Ich bin davon ausgegangen, dass es mit Monika Hohlmeier als Staatssekretärin weitergeht. Es kam dann aber ein nachmittäglicher Anruf des Ministerpräsidenten einen Tag vor der Kabinettsbildung. Dabei fragte er mich, ob ich bereit wäre, in einem Kabinett mitzuwirken: Frau Hohlmeier würde Ministerin werden und ich ihr Staatssekretär. Man zögert in so einem Fall nicht allzu lange in der Regel. Ich bin vor allem deshalb sehr froh gewesen über die Berufung, weil ich als bildungspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion damals im Parlament viel an Ideen mehrheitsfähig machen konnte: ob das die Reform der Hauptschule gewesen ist, ob das die damals bereits beginnenden Konzepte für die ganztägige Betreuung bzw. für die Mittagsbetreuung gewesen sind usw. Das, was man angedacht und als Antrag im Parlament bereits sogar durchgesetzt hatte, dann auch noch verwirklichen zu dürfen, war und ist letztlich die Faszination dieses Amtes. Wenn ich heute einen Artikel wieder in die Hand nehme und nachlese, den ich 1998 vor meiner Kabinettsberufung veröffentlicht habe, "Bildung innovativ, Bildung im dritten Jahrtausend", dann freut es mich, dass sehr vieles von dem, was ich damals fast als Vision geschrieben hatte, inzwischen Wirklichkeit geworden ist. Ich habe z. B. damals gesagt: Es ist dringend notwendig, dass wir diese Betreuungsangebote schaffen; es ist dringend notwendig, dass wir die Hauptschule stärken; es ist dringend notwendig, dass wir z. B. Englisch – das ja ganz sicher auch bei uns eine zweite Umgangssprache werden wird – bereits in der Grundschule installieren; es ist dringend notwendig, dass wir vor allem die Lehrerbildung verbessern usw. Das waren alles Punkte, die wir nun Schritt für Schritt auch umsetzen konnten in den letzten Jahren. Da ist man froh, wenn man merkt, dass etwas, das man als Idee hatte, Wirklichkeit wird.

Reuß: Wir kommen gleich zur Bildungspolitik; davor aber noch eine letzte Frage zu Ihren Funktionen. Sie sind auch Vorstandsvorsitzender der "Stiftung Bildungspakt Bayern". Diese Stiftung wurde im Jahr 2000 auf Initiative der Staatsregierung gegründet: Sie stellt eine Art Private-Public-Partnership dar. Daran beteiligt sind das Kultusministerium und weit mehr als hundert Wirtschaftsunternehmen. Ein Ziel dieser Stiftung ist die Qualitätssicherung von Schulen. Was kann denn diese Stiftung bewirken? Was hat Sie schon bewirkt?

Freller: Ich bin sehr froh, dass es diese Stiftung gibt, in der mittlerweile 120 Unternehmen mit dabei sind. Der Trend geht bei den Mitgliedern immer weiter nach oben. Ich bin deswegen so froh, weil wir mit diesen Mitteln das alles finanzieren können, was sonst, aus dem normalen Haushalt heraus, nicht finanzierbar wäre. Ich sage daher immer wieder, dass diese "Stiftung Bildungspakt Bayern" durch das, was auch bei uns im Hause dadurch möglich geworden ist, quasi unsere Entwicklungs- und Forschungsabteilung geworden ist. Mich freut vor allem auch die aktive Beteiligung maßgeblicher Personen aus der Wirtschaft bei den internen Beratungen. Ich muss hier nur einmal an den Hauptgeschäftsführer Götzl denken, der sich auch inhaltlich enorm einbringt. Das sind alles Leute, die aufgrund ihrer Kompetenz in ihrem Lebensbereich uns hier auch im Bereich der Bildung beraten. Dadurch haben wir nun eine Fülle von Projekten auf den Weg bringen können, die wirklich

richtungsweisend sind. Ich bin gerne bereit, auf das eine oder andere einzugehen: Ich nenne hier nur mal MODUS 21 oder die Veränderungen bei der Lehrerbildung, die wir jetzt angehen. Wenn ich also die Projekte des Bildungspaktes aufzähle, dann kann ich sagen, dass wir bayernweit wirklich vorbildlich und bundesweit richtungsweisend gearbeitet haben.

Reuß: Bleiben wir ganz kurz bei MODUS 21. Das steht für "Modellunternehmen Schule für das 21. Jahrhundert". Was wird damit bewirkt? Das ist ja ein Pilotprojekt, an dem 40 Schulen teilnehmen: Was wird da genau gemacht?

Freller: MODUS 21 will die eigenverantwortete Schule, will mehr Selbständigkeit an der Schule erreichen. Das ist auch gut so. Entscheidungen, die vor Ort umgesetzt werden müssen, sollten auch nach Möglichkeit vor Ort getroffen werden. Und wir räumen hier einfach den einzelnen Schulen mehr Freiheiten ein: ob bei der Stundenplangestaltung, ob bei der Frage, auch einmal jahrgangskombinierte Klassen zu bilden, ob beim Lehrereinsatz. Auch die Notwendigkeit zu evaluieren wird hier bei MODUS 21 hervorgehoben. Wir möchten eine Schule, in der man auch sehr stark pädagogisch orientiert entscheidet, was für die jeweilige Schule das Richtige ist. Ich plädiere inzwischen dafür, dass man diese Modellschulen des 21. Jahrhunderts in Bayern letztlich zu Regelschulen des 21. Jahrhunderts werden lässt.

Reuß: Können denn die Schulen auch mitbestimmen, welcher Lehrer zu ihnen kommt, wer zum Team passt?

Freller: Das ist auch heute generell bereits nicht nur bei den MODUS 21-Schulen möglich. Wir haben, beginnend bei den beruflichen Schulen und weiter gehend bis zu den Gymnasien, die Auswahlmöglichkeit durch die Schule geschaffen. Wir müssen nur ein bisschen Obacht geben, weil es natürlich auch einige Standorte gibt, an die die Lehrer nicht so gerne gehen wollen. Es wäre also gefährlich, wenn man die Lehrer dorthin nur noch mit Gewalt versetzen könnte. Da müssen wir also ein bisschen behutsam sein. Aber in der Summe ist es für die Profilbildung einer Schule gut, wenn auf die Auswahl der Lehrkräfte Einfluss genommen werden kann: von der Schulleitung selbst, von der Schule selbst.

Reuß: Kommen wir zur Bildungspolitik. Wenn man internationale Vergleichsstudien liest, egal ob das nun die TIMS oder die PISA-Studien 1, 2 oder 3 sind oder ob das jetzt die aktuelle OECD-Studie "Bildung auf einen Blick" ist, dann erkennt man, dass das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich relativ schlechte Noten erhält. Woran liegt das? Sind denn die deutschen Schulen, die deutschen Lehrer, die deutschen Schüler so viel schlechter als in anderen Ländern?

Freller: Herr Reuß, hier bitte ich zu unterscheiden: Eine deutsche Schule gibt es nicht. Wir haben Gott sei Dank den Bildungsföderalismus. Wenn man die Ergebnisse von PISA auf die Länder herunterbricht – es gibt ja diese PISA-E-Untersuchung –, dann stellt man fest, dass wir in Bayern mit unseren Ergebnissen im weltweiten Vergleich sehr gut dastehen. Wir stehen z. B. beim Lesen an zehnter Stelle, bei der Mathematik an elfter Stelle, bei den Naturwissenschaften liegen wir an zwölfter Stelle. Das heißt, wir sind in den Top Ten der Weltrangliste. Das wäre nie und nimmer der Fall, wenn es diesen Bildungsföderalismus nicht gäbe in Deutschland. Stellen Sie sich vor, in den siebziger Jahren hätte es eine gemeinsame Bundesbildungspolitik gegeben. Ein ganz deutliches aktuelles Beispiel ist Thüringen. Thüringen hatte vor 14 Jahren die gleichen Startbedingungen wie Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern. Das Ergebnis ist, dass die Thüringer innerhalb Deutschlands an dritter Stelle liegen, während die anderen beiden Länder am Ende rangieren. Das heißt, ich bin für eine föderale Bildungspolitik, ich bin auch für ein gewisse Konkurrenz im Bildungssystem in Deutschland. Ich wehere mich daher im Augenblick vehement gegen die Ansprüche Berlins, eine Bildungshoheit zu übernehmen. Wir haben in Bayern mit Sicherheit schon seit langem viele Dinge eingeführt, bei denen die anderen Bundesländer nun erst so langsam nachziehen müssen. Wir werden allerdings darauf drängen – und das ist auch schon mit Erfolg geschehen –, dass Bildungsstandards für alle Länder gelten. Das heißt, es kann

nicht angehen, dass anderswo mit einem "Hausabitur" eine erleichterte Hochschulzugangsberechtigung verliehen wird. Ich halte es daher für dringend notwendig – auch hier hat sich Bayern in der Kultusministerkonferenz entsprechend durchgesetzt und dort ja auch den Vorsitzenden des Qualitätssicherungsausschusses gestellt, nämlich unseren Ministerialdirektor –, dass es für jedes Fach Standards gibt. Das heißt, man muss wissen, dass am Ende meiner wegen eines siebten Schuljahres im Fach Englisch dieses oder jenes von den Schülern auch tatsächlich gekonnt wird: und zwar in ganz Deutschland! Damit wird nämlich auch die Mobilität im Lande gesichert. Aber deswegen muss man natürlich nicht das gleiche Schulsystem von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen schaffen.

Reuß: Ich muss hier noch ein bisschen wider den Stachel lücken. Auch in Bayern gingen die Bildungsausgaben zurück in den letzten 20 Jahren. 1984 sind noch knapp 17 Prozent des Staatshaushaltes für Bildung ausgegeben worden. 2004 waren es nur noch 12,2 Prozent. Das sind zwar deutlich mehr als die 9,7 Prozent im Bundesdurchschnitt, aber immer noch weniger als im OECD-Durchschnitt. Müsste man nicht doch wieder mehr umschichten in Zeiten knapper Kassen? Denn Bildung bzw. die Investition in Bildung wirft nun einmal die größte Rendite ab.

Freller: Herr Reuß, jetzt muss ich widersprechen. Die Bildungsausgaben sind in Bayern nicht zurückgegangen, ganz im Gegenteil. Allein in den letzten sechs Jahren sind sie um sage und schreibe 19 Prozent gestiegen. Wir liegen jetzt bei über 8,2 Milliarden Euro. Die übrige Steigerung im Haushalt lag in diesem Zeitraum bei ungefähr sechs Prozent. Das heißt, der Bildungsbereich ist überproportional gestiegen. Ich bin hier auch unserem Ministerpräsidenten außerordentlich dankbar: Er hat hier sein Versprechen gegenüber der Bevölkerung, bei der Bildung nicht zu sparen, sondern zuzulegen, in jeder Weise gehalten. Wir haben über 5000 Stellen zusätzlich bekommen. Das heißt, es ist hier in Bayern für die Bildung dank des Ministerpräsidenten sehr, sehr viel investiert worden. Aber, und dieses "Aber" ist in der Tat für die Zukunft ein Problem: Bei uns im Bildungsbereich schlucken die Personalkosten 95 Prozent des Haushaltes, inklusive der Pensionskosten. Auf diese Weise werden natürlich selbst erhebliche Steigerungen im Haushalt sofort wieder verbraucht und verschlungen. Das heißt, man kann diese 19 Prozent Steigerung leider nicht unmittelbar an die Schulen weitergeben, weil sie an anderen Stellen, die ebenfalls zum Bildungsbereich gehören, mit ausgegeben werden müssen. Das heißt, es kann selbst bei dieser eminenten Steigerung unseres Haushaltes schon auch passieren, dass sich hier und dort an einer einzelnen Schule die Situation nicht nur nicht verbessert, sondern eventuell sogar verschlechtert. Das ist ein allgemeines Problem unserer Haushalte, aber wir stehen nun einmal momentan in der Diskussion um die Beschränkung der Schulden, um den Abbau der Neuverschuldung: Wir sind nämlich wirklich bestrebt, der nächsten Generation nicht einen Schuldenberg zu hinterlassen, der so groß ist, dass die heutigen Kinder und Jugendlichen in zehn oder 20 Jahren durch diesen Schuldenberg so belastet sein werden, dass sie nicht mehr handlungsfähig sind und die Probleme, die sie dann in Zukunft zu meistern haben, gar nicht mehr lösen können. Das wird immer ein sehr schmaler Pfad sein, den wir hier gehen können. Ich persönlich kämpfe jedenfalls um jeden Euro, den wir für die Bildung ausgeben können. Es ist nicht auszuschließen, dass der öffentliche Eindruck hier nicht unbedingt der gleiche ist. Aber man muss wissen: Wir investieren in die Bildung und werden das auch in Zukunft tun!

Reuß: Ich bleibe noch einmal bei den Pensionskosten, die Sie soeben angesprochen haben. Eine OECD-Studie besagt, dass nirgendwo in Europa die Lehrer so alt sind wie in Deutschland. 43 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer bei uns sind 50 Jahre und älter. Im OECD-Mittel liegt diese Altersgruppe bei ungefähr 25 Prozent. Wartet man also in Deutschland auf den demographischen Knick oder müsste man nicht doch wieder mehr Junglehrer einstellen?

Freller: Warum glauben Sie denn, dass ich so sehr für die Verkürzung des Gymnasiums gekämpft habe? Ich habe nämlich in jeder Versammlung Folgendes gesagt: Es ist

zu spät, wenn in Deutschland ein junger Mensch erst mit 28,6 Jahren meinetwegen seinen Dienst als Gymnasiallehrer antritt. In anderen Ländern sind die jungen Leute kaum über 24 Jahre alt, wenn sie als Lehrer beginnen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass wir hier bei den Ausbildungszeiten in der Tat aufpassen müssen, dass uns die Leute nicht bereits beim Einstieg zu alt werden. Ich habe nämlich lieber einen 24-jährigen als einen 67-jährigen Lehrer. Wir werden sicherlich eine gewisse Lebensarbeitszeitspanne brauchen, denn sonst lassen sich unsere Sozialsysteme nicht mehr finanzieren. Ich kann nicht jeden 50-jährigen Lehrer in Pension schicken und zu ihm sagen: "Du bist zu alt! Tut mir Leid! Such dir was anderes!" Und überhaupt muss man hier schon auch ein bisschen vorsichtig sein mit solchen Äußerungen: Denn ich erlebe auch erheblich ältere Kolleginnen und Kollegen, die hervorragende Arbeit leisten, während es hier und dort schon auch 30-jährige Lehrer gibt, die mir etwas vergreist erscheinen. Ja, ich bin wirklich überzeugt davon. Ich kenne ja meine Schulen, weil ich ja auch fast jede Woche draußen bin. Wir haben 5500 Schulen und 100000 Lehrkräfte und ich würde mich nicht sagen trauen, dass es vom Alter abhängt, wie gut ein Lehrer ist. Nein, es hängt davon ab, wie motiviert er selbst ist in seinem Beruf, wie gern er Kinder hat und wie gut er mit Kindern umgehen kann. Ich erlebe auch 60-jährige Grundschullehrerinnen, die so toll drauf sind, dass es regelmäßig Tränen am Schuljahresende gibt, wenn sich die Lehrkraft von den Kindern verabschiedet, so sehr hängen sie an ihr. Ich betone noch einmal: Da und dort würde ich mir wünschen, dass so mancher 30- oder 35-Jährige nicht bereits in frühen Jahren eine dermaßen starke Versorgungsmentalität aufbaut, weil so etwas alles andere als motivierend für den Schulalltag ist.

Reuß:

Sie haben die Einführung des G 8 soeben selbst schon angesprochen. Mit Beginn dieses Schuljahres 2004/2005 haben einige Bundesländer das G 8 eingeführt, also das achtjährige Gymnasium: Bremen, Baden-Württemberg, Berlin, Niedersachsen, Hamburg und eben auch Bayern. Hier in Bayern gilt das G 8 zunächst für die fünften und sechsten Klassen, die anderen Jahrgangsstufen folgen dann schrittweise. Von der Ankündigung bis zur Einführung sind gerade mal zehn Monate vergangen. Hätte sich die Staatsregierung nicht sehr viel Ärger ersparen können, wenn sie sich mehr Zeit gegeben hätte für diese Einführung? Denn viele Eltern und Schüler und auch manche Lehrer waren verunsichert und auch ein bisschen verärgert, weil sie sich überfahren fühlten.

Freller:

Gut, für diese Verärgerung habe ich teilweise auch Verständnis. Wir hätten früher beginnen sollen mit der Einführung. Das heißt, wir hätten damit schon in der letzten Legislaturperiode beginnen sollen. Aber man muss eben sehen, dass wir damals unglaublich viele andere Reformen auf den Weg gebracht haben: Es ist noch nie so viel an unseren Schulen verändert und weiterentwickelt worden wie in den letzten sechs, sieben Jahren. Ich denke hier nur mal an die Realschulreform, also an die Einführung der R 6, an die Einführung der M-Klassen usw. Es war also ein gigantisches Reformvorhaben, das wir da in der letzten Legislaturperiode umgesetzt haben, und da wollten wir eben nicht auch noch mit der Reform des Gymnasiums beginnen. Aber man muss einräumen, dass es vielleicht doch besser gewesen wäre, früher mit der Umsetzung des G 8 zu beginnen. Nur, jetzt noch länger zuzuwarten, wäre verhängnisvoll geworden, und zwar aus einem ganz bestimmten Grund: Weil sich nun auch alle anderen Länder für das G 8 entschieden haben, wäre Bayern plötzlich am Ende der Länder gewesen, die das G 8 einführen. Dies hätte zur Folge gehabt, dass unser Doppeljahrgang große Nachteile erlitten hätte. Denn es gibt bei der Umstellung auf das G 8 ja immer irgendwann einen Doppeljahrgang, d. h. es wird ein Jahr geben, in dem die Gymnasiasten mit neunjähriger Gymnasialzeit zusammen mit den Gymnasiasten mit achtjähriger Gymnasialzeit Abitur schreiben und zeitgleich die Schule verlassen. Wenn nämlich dieser Zeitpunkt später gekommen wäre, dann wären alle Studienplätze, die wir hier in Bayern bis dahin noch zusätzlich schaffen werden, von Schülern aus anderen Bundesländern bereits belegt gewesen. Das heißt, unser Ziel war es, das Jahr 2011 zu erreichen und damit diesen Doppeljahrgang in ein Jahr zu entlassen, in dem die bis dahin von uns zusätzlich geschaffenen Studienplätze auch den bayerischen Schülern und Schülerinnen zugute kommen. Und es kommt noch ein zweiter Grund

hinzu: Es gibt einen alten neunjährigen Lehrplan, einen neuen neunjährigen Lehrplan und es gibt einen neuen achtjährigen Lehrplan. Hätten wir jetzt nicht diese schnelle Umsetzung gemacht, müssten alle diese drei Lehrpläne an den Schulen eingesetzt werden: Das wäre für die Organisation an den Schulen verhängnisvoll geworden. Weil wir jetzt aber die fünften Klassen bereits als sechste Klassen in das achtjährige Gymnasium eingegliedert haben, haben wir die Chance erhalten, mit lediglich zwei Lehrplänen die nächsten Jahre bestreiten zu können. Das alte neunjährige Gymnasium wird auslaufen, das neue achtjährige Gymnasium wird unmittelbar anschließen. Das ist ein großer Vorteil.

Reuß: Dennoch fürchten viele Eltern eine Überforderung ihrer Kinder. Schon heute müssen etwa fünf Prozent der Schüler am Ende des Schuljahres die Klasse wiederholen. Schon beim neunjährigen Gymnasium war es so, dass von den 30 Prozent eines Jahrgangs, die auf das Gymnasium überwechselten, am Ende nur mehr 19 Prozent übrig blieben und das Abitur machten. Es wird von der Kultusministerkonferenz aber angestrebt, dass sogar 40 Prozent eines Jahrgangs die Hochschulreife erreichen. Haben Sie Verständnis für die Sorge der Eltern, dass der Leistungsdruck beim G 8 zunehmen könnte? Was entgegnen Sie den Eltern?

Freller: Wir möchten auf keinen Fall, dass die Abiturientenquote fällt, sondern dass sie sogar steigt. Allerdings muss ich hier dazusagen, dass zu diesen von Ihnen genannten 19 Prozent noch einmal gut zehn Prozent hinzukommen, die über die berufliche Bildung und damit den zweiten Bildungsweg die Hochschulreife erreichen. Das heißt, man muss hier diese Zahl relativieren: Es sind insgesamt 30 Prozent eines Jahrgangs, die die Hochschulreife erlangen. Aber ich kann auch die Eltern beruhigen: Wenn wir die Abiturientenquote nicht senken wollen, dann darf es an den Gymnasien natürlich nicht schwerer werden. Das will auch niemand. Ich bin der Auffassung, dass man diese acht Jahre ohne Erschwernis erreichen kann, indem man das aus den Lehrplänen herausnimmt, was unnötigerweise drin gewesen ist. Seit 20 Jahren kam ja in jeder Versammlung die Klage auf: In den Lehrplänen wäre so viel drin, was für die gymnasiale Bildung, für die Hochschulreife nicht nötig sei. Und genau das nehmen wir jetzt auch heraus. Damit lässt sich die Qualität des Abiturs sichern, ohne dass man sich dabei eine Überbeanspruchung der Kinder und Jugendlichen einhandelt. Im Übrigen ist es so, dass es in Bayern über viele Jahre hinweg das achtjährige Gymnasium schon einmal gegeben hat. Die Absolventen von damals sind heute gesetzte Damen und Herren. Sie haben mir alle gesagt, dass es ihrem Leben an Bildung nicht gemangelt hat. Ich meine, es wird auch denjenigen, die dann in Zukunft nur mehr acht Jahre auf dem Gymnasium sein werden, in ihrem Leben nicht an Bildung mangeln.

Reuß: Bayern hätte ja die Zahl der Unterrichtsstunden sogar noch ein Stück weit stärker zurücknehmen können. Alle anderen Länder, die das achtjährige Gymnasium eingeführt haben, haben sich an die Minimalvorgabe der Kultusministerkonferenz gehalten, nämlich an 265 Jahreswochenstunden. Die Jahreswochenstunden errechnen sich aus der wöchentlichen Stundenzahl der Schüler multipliziert mit der Anzahl der Schuljahre. Obwohl also alle anderen Länder bei 265 Jahreswochenstunden angelangt sind, hat Bayern darauf bestanden, bei 274 zu bleiben. Warum?

Freller: Weil wir unbedingt eines verwirklichen wollten, nämlich die Individualisierung des Unterrichts am Gymnasium. Das heißt, die Intensivierungsstunden, die wir jetzt eingebaut haben, sind enorm wichtig. Ich habe es schon als Schüler und später dann auch als Lehrer immer bedauert, dass es am Gymnasium nicht den entsprechenden Raum gegeben hat, Schülern zu helfen, die nicht alles sofort verstanden haben, oder Schülern, die über besondere Begabungen verfügen, besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Jetzt geschieht nun Folgendes: In den Jahrgangsstufen fünf bis sieben werden in der Woche drei Intensivierungsstunden geteilt. Das heißt, damit hat die Hälfte der Klasse eine Lehrkraft und diese Lehrkraft kann entweder nacharbeiten, was nicht verstanden worden ist, oder sie kann mit den besseren Schülern meinetwegen an Wettbewerben teilnehmen oder ein Plus-Angebot starten. Diese Individualisierung ist unglaublich wichtig. Wissen sie, mir ist

das ohnehin ein ganz, ganz großes Anliegen: In unseren Kindern stecken so viele Begabungen und Fähigkeiten, die entdeckt und gefördert werden müssen. Sie dürfen nicht brachliegen. Das Gymnasium muss die Chance haben, sich noch individueller um Kinder zu kümmern, als das bisher der Fall gewesen ist. Es ist nichts verhängnisvoller, als wenn ein Schüler nur deswegen am Gymnasium scheitert, weil er vielleicht in dem einen oder anderen Fach nicht sofort mitgekommen ist und das eine oder andere nicht verstanden hat und weil einfach niemand da ist, der ihm da weiterhilft. Deswegen sind diese Stunden wirklich sinnvoll – auch dann, wenn das in der Summe bis in den Nachmittag hineinreicht.

Reuß: Kommen wir zu einem anderen Reizthema, nämlich zur Lernmittelfreiheit. Niedersachsen hat in diesem Schuljahr die Lernmittelfreiheit aufgehoben, d. h. die Eltern müssen die Schulbücher nun wieder selbst bezahlen. In anderen Ländern ist das schon länger der Fall: in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz, in Berlin, in Brandenburg. Bayern hat ebenfalls kurz mit diesem Gedanken gespielt. Es gab auf Kloster Banz den Beschluss der CSU, die Lernmittelfreiheit abzuschaffen. Inzwischen wurde dieser Beschluss jedoch wieder zurückgenommen. Man hat nun ein Büchergeld eingeführt: 20 Euro pro Kind in der Grundschule und 40 Euro pro Kind in den weiterführenden Schulen. Wird Bildung, wenn ich das mal so ketzerisch fragen darf, künftig stärker vom Geldbeutel abhängig sein?

Freller: Nein, wir hätten ohnehin eine starke Sozialkomponente eingeführt, die jetzt auch beim Büchergeld eingeführt worden ist. Ich meine, dieses Büchergeld ist eine vernünftige Lösung. Mit 20 Euro für das ganze Jahr in der Grundschule und 40 Euro pro Jahr für Kinder ab der fünften Klasse ist man gut beraten. Dies wird insgesamt zwei Vorteile bringen. Erstens werden wir die Eltern stärker in die Auswahl der Bücher mit einbeziehen. Vor allem aber der Turnus der Anschaffung von Büchern kann verkürzt werden. Wir haben ja z. T. sehr alte Bücher im Umlauf: Sie sind oft schon zehn oder zwölf Jahre alt. Dadurch dass wir jetzt dieses Büchergeld erheben und der Staat ja über die Zuschussung für die sozial schwächeren oder kinderreichen Eltern auch noch weiterhin beteiligt bleibt, werden häufiger neue Bücher angeschafft werden können. Dies kommt den Kindern unmittelbar zugute. Wenn wir es auch noch schaffen, dass die Schulen dieses Geld selbst verwalten können, dass sie mit diesen Mitteln die Bücher unmittelbar selbst kaufen können, dann ist das von Vorteil für die Qualität unserer Schulen. Wenn man das umrechnet, dann sind das 1,66 Euro pro Monat und Kind: Das sind nicht einmal die Kosten von zehn SMS. Bei so einem Betrag kann man diese Regelung meines Erachtens schon noch gut vertreten. Bei der Selbstanschaffung der Schulbücher durch die Eltern wäre das alles ein wenig unkalkulierbarer geworden. Deshalb hat es da auch einen verständlichen Widerstand bei den Eltern gegeben.

Reuß: Kommen wir noch einmal zur Bildungspolitik. Schulpolitik ist Sache der Bundesländer. Um diese Schulpolitik koordinieren zu können, gibt es die Kultusministerkonferenz: Das ist das älteste koordinierende Gremium, denn es besteht schon seit Februar 1948, wurde also noch vor der Gründung der Bundesrepublik eingerichtet. Nun hat der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff, CDU, die Vereinbarungen zur Kultusministerkonferenz aufgekündigt. Er sagte, dieses Gremium sei zu teuer, zu langsam, zu ineffizient. Und er hat auch das dort herrschende Einstimmigkeitsprinzip kritisiert. Wie sehen Sie denn die Zukunft der Kultusministerkonferenz?

Freller: Wir brauchen weiterhin eine Kultusministerkonferenz, wenn wir den Föderalismus im Bildungswesen aufrecht erhalten wollen. Ich habe bereits ausgeführt, wie wichtig dieser Föderalismus ist, deswegen wird auch die KMK wichtig bleiben. Dass man sie weiterentwickeln kann, dass man sie auch effizienter gestalten kann, daran ist kein Zweifel. Aber als Ganzes ist mit ihrer Existenz eben auch gesichert, dass die Länder ihre Bildungshoheit behalten und es nicht zu einer Bundesbildungspolitik kommt. Ich bin ein Verfechter des Föderalismus gerade und vor allem im Bildungsbereich, deswegen ist die KMK für uns in Bayern auch weiterhin wichtig.

Reuß: Sie haben vorhin von der "Entrümpelung" der Lehrpläne gesprochen. Man kann nachlesen, dass es in Deutschland 2000 Lehrpläne mit mehreren 10000 Seiten

Text gibt. Finnland hat einen Lehrplan mit gerade einmal 180 Seiten. Finnland hat in der PISA-Studie alle anderen Länder geschlagen. Wird bei uns nicht doch noch zu viel reglementiert?

Freller: Wir haben bei den Reglementierungen bereits enorm abgebaut und MODUS 21 ist ein weiteres Beispiel dafür, dass wir auch in Zukunft noch viel abbauen werden. Wir haben auch bei den Lehrplänen viel herausgenommen: Es wird z. B. zweifellos das exemplarische Lernen in Zukunft immer wichtiger werden. Deshalb wollen wir uns hier auf das Wichtige und Wesentliche konzentrieren. Weniger ist mehr, nachhaltiges Lernen ist angesagt! Wissen Sie, ich bin ein Gegner dieses Bulimie-Lernens: Lernen bis zur nächsten Ex, zur nächsten Stegreifaufgabe, bis zur nächsten Schulaufgabe und unmittelbar hinterher schon wieder vergessen, was man überhaupt an Themen hatte. Es ist also viel besser, sich auf das zu konzentrieren, was wirklich wichtig ist. Und dies sollte dann so intensiv gelernt werden, dass es ein Leben lang vorhält. Da sind uns übrigens ältere Generationen ein Vorbild. Ich muss heute noch gegenüber so manchem Dorfschulmeister meine Hochachtung aussprechen, der es unter schwierigsten Bedingungen und bei jahrgangskombinierten Klassen geschafft hat, dass sich seine Kinder so viel gemerkt haben, dass sie heute als 70- oder 80-Jährige noch bei so mancher Fernsehsendung bzw. so manchem Quiz erfolgreich wären.

Reuß: Stichwort "Leistungsmessung": Die klassische Leistungsmessung in den Schulen sind nach wie vor die Noten. Nun hat aber die so genannten PISA-3-Studie ergeben, dass Noten durchaus relativ sind. Die gleiche Leistung eines Schülers kann mit "gut", also einer 2, aber auch mit "mangelhaft" bzw. einer 5 bewertet werden. Dies gilt nicht nur für das Fach Deutsch, wo man das ja immer schon irgendwie vermutet hatte, weil man sagt, dass da mal mehr der Stil und mal mehr die Rechtschreibung ausschlaggebend sei. Nein, das gilt offensichtlich auch für die Mathematik. Woran liegt denn diese Relativität der Schulnoten?

Freller: Wir haben hier deshalb auch ganz bewusst die Orientierungsarbeiten im Grundschulbereich eingeführt. Das ist ein Maßstab, an dem auch der Lehrer ermessen kann, ob er mit seinen Anforderungen richtig liegt. Jahrgangsstufentests heißen sie für die anderen Schulen. Es ist uns sehr wichtig, dass ein Lehrer nicht darauf angewiesen ist, Maßstäbe nur innerhalb seiner eigenen Klasse zu haben, sondern dass er vor allem auch Vergleichsmaßstäbe kennt, damit er sich orientieren kann, ob er mit seiner eigenen Notengebung richtig liegt und ob er vielleicht auch an seinem Unterricht etwas verändern muss. Mit diesen Orientierungsarbeiten, mit diesen Jahrgangsstufentests sind wir meiner Meinung nach auf einem guten Wege. Die Siegerländer bei der PISA-Studie machen das übrigens genauso. Wir machen das also, um die Relativität von bisher gegebenen Noten durchaus auch einmal hinterfragen zu können. Das Ganze muss natürlich einhergehen mit einer entsprechenden Lehrerfortbildung und es muss auch einhergehen mit den Möglichkeiten der Supervision bzw. der Evaluierung der einzelnen Schule.

Reuß: Bisher gab es in den ersten beiden Klassen der Grundschule keine Ziffernnoten: Es gab nur Bewertungen im Fließtext. Nun gibt es aber mit diesem Schuljahr wieder Noten. In der ersten Klasse gibt es Bewertungen von A bis E; dort wird das Sozialverhalten bewertet, das Arbeitsverhalten usw. Ab der zweiten Klasse werden nun auch wieder die Ziffernnoten eingeführt. Warum dies, wenn Noten doch so relativ sind?

Freller: Weil man für die Eltern Transparenz und Klarheit braucht. Viele Eltern haben wieder die Noten verlangt, die übrigens erst am Ende der zweiten Jahrgangsstufe kommen werden. Wir wollen damit zweierlei erreichen. Wir wollen erstens erreichen, dass auch das Sozialverhalten in einer Bewertung zum Ausdruck kommt: zwar nur in Buchstaben, aber es soll ausgedrückt werden, ob eine Schülerin bzw. ein Schüler ein entsprechendes Arbeitsverhalten zeigt, ob die Fähigkeit vorhanden ist, sich zu engagieren, sich einzubringen usw. Das wird von "hervorragend ausgeprägt" bis "schlecht ausgeprägt" bewertet werden. Aber auch die herkömmlichen Noten werden dann in der zweiten Klasse mit Kurzbemerkungen versehen, wie sie

entstanden sind. Im Fach Deutsch z. B. wollen wir das in fünf Bereiche unterteilen. Es macht einfach einen Unterschied aus, ob jemand beim Lesen Probleme hat oder bei der Rechtschreibung. Diese Differenzierung soll nun ebenfalls zum Ausdruck kommen. Das wird nun mit Kurzbemerkungen, die die Note ergänzen, erfolgen. Wissen Sie, lange Texte, in denen etwas beschrieben wird, sind für viele Eltern nicht klar verständlich. Wir brauchen aber Transparenz: Auf den ersten Blick sollen die Eltern erkennen können, wie es um ihr Kind bestellt ist. Deswegen sind die Noten meiner Meinung nach wichtig. Das Problem mit den Noten besteht darin, dass sie von den Elternhäusern oft letztlich übersteigert bewertet werden. Die Noten als solches sind sicherlich nie das Problem, sondern die Reaktionen auf diese Noten stellen die Schwierigkeit dar.

Reuß: Wir sind schon fast am Ende unseres Gesprächs angelangt. Sie haben am Anfang erzählt, dass Sie damals, bevor Sie Staatssekretär wurden, bereits eine Vision von Schule hatten. Vieles von dem ist heute bereits realisiert. Wie sieht denn Ihre heutige Vision von Schule aus?

Freller: Ich möchte, dass wir eine kindgerechte Schule haben und nicht das schulgerechte Kind. Ich möchte einen Lehrer haben, der sein Fach liebt und der vor allem seine Kinder liebt. Ich kann hier wirklich nur eines sagen: Es sollte jeder die Finger vom Lehrerberuf lassen, der Kinder nicht mag. Entscheidender als alle Strukturen, als alle Lehrpläne und Lerninhalte ist für mich, dass der Bezug des Lehrers zu seinen Schülern stimmt. Darin steckt letztlich auch die ganze Kraft eines Schulwesens. Daher meine ich: Wir müssen alles dafür tun, dass wir Lehrer finden, die wirklich eine pädagogische Ader haben und die gleichzeitig auch ihr eigenes Fach lieben. Dann können sie auch junge Menschen motivieren. Diese Motivation ist das Entscheidende. Ich betone noch einmal: In unserer Jugend steckt so viel an Kraft, an Innovation, an Begeisterung! Dies alles zu wecken, muss einem Lehrer gelingen. Deswegen wird es auch und gerade in der Schule der Zukunft auf die Lehrerpersönlichkeit ankommen.

Reuß: Das war ein wunderschönes Schlusswort. Ich darf mich bei Ihnen, Herr Staatssekretär, ganz herzlich bedanken. Ich würde gerne mit einem Zitat schließen, dass die eigentliche Aufgabe von Schule schön beschreibt. Das Zitat stammt von Cornelius Gurlitt, einem deutschen Kunsthistoriker, und lautet: "Die Schule soll denken lehren, nicht Gedachtes!" Noch einmal ganz herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. Verehrte Zuschauer, das war unser Alpha-Forum, heute mit Karl Freller, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Herzlichen Dank für Ihr Interesse und fürs Zuschauen und auf Wiedersehen.